

Pressemitteilung

19. Januar 2017

Geschäftsstelle:
Thüringer Weg 11 Zimmer 006
D-09126 Chemnitz
Telefon: 0371 / 531 16 000
Fax: 0371 / 531 16 009
E-Mail: stura@tu-chemnitz.de
Internet: www.stura.tu-chemnitz.de

Sächsisches Wissenschaftsministerium verweigert Psychologie-Studierenden den Masterabschluss!

Was würde es das Wissenschaftsministerium kosten, knapp drei Dutzend Bachelorstudierenden an der TU-Chemnitz eine Zukunftsperspektive für das Sommersemester 2017 zu bieten? – Lediglich eine Unterschrift. Eben jene verweigert das Ministerium jedoch laut einem Brief vom 11. Januar 2017. Im vergangenen Jahr haben Psychologiestudierende der TU Chemnitz gegen die Kürzungen um je 30 Studienplätze im Bachelor und Master Psychologie pro Jahr gekämpft - mit Erfolg! Im November 2016 gab das Rektorat bekannt, eine Übergangslösung zu schaffen, um den betroffenen Bachelorjahrgängen eine reale Chance auf das Masterstudium in Chemnitz zu ermöglichen.

„Die Zeit war knapp, denn das Wissenschaftsministerium muss seine Zustimmung zur Änderung der notwendigen Verordnung geben“, so Katharina Loch, Mitglied im Fachschaftsrat Human- und Sozialwissenschaften. Doch das Ministerium ließ sich mehrere Wochen Zeit und antwortete erst wenige Tage vor dem Ende der Einschreibefrist mit einer Absage. „Dieses Verhalten des Ministeriums rügen wir scharf. In Gesprächen mit Mitgliedern des Fachschaftsrates hat Ministerin Stange Zustimmung zur Änderung der Verordnung für das Sommersemester 2017 gezeigt“, so Marius Hirschfeld, Referent für Hochschulpolitik des StuRa.

Für die Studierenden ist die Reaktion der Ministerin vier Tage vor dem Ende der Bewerbungsfrist vollkommen unverständlich. Die Kosten für Personal und Lehrmittel werden von der Universität getragen, es wären keine zusätzlichen Mittel vom Freistaat notwendig. Die Möglichkeit einer Ausnahmegenehmigung in Kooperation mit der TU Chemnitz wird erst gar nicht in Betracht gezogen. Den Studierenden wird damit die Existenzgrundlage genommen, da nur der Masterabschluss in der Psychologie als berufsqualifizierend gilt.

„Wir fordern die Staatsministerin auf, von ihrem Gestaltungsspielraum Gebrauch zu machen und eine Ausnahmeregelung mit der TU Chemnitz zu finden. Sonst fällt die Zukunft der Studierenden politischem Kalkül zum Opfer“, so Katharina Loch abschließend.

Für Rückfragen stehen Ihnen Katharina Loch, Mitglied im Fachschaftsrat Human- und Sozialwissenschaften, unter 0176/70570755 sowie Marius Hirschfeld, Referent für Hochschulpolitik des StuRa, unter 0171/6261949 gern zur Verfügung.